Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 58 (1964)

Heft: 2

Artikel: Weltrundschau : China wird aufgewertet ; Was wird aus Südostasien? ; Kuba - Panama ; Neukolonialismus ; Und die Abrüstung? ; Die Krankheit des Westens

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140871

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

China wird aufgewertet In unserer November-Rundschau stellten wir als bedeutsamstes Ereignis der Berichtszeit an die Spitze den erneuten Beschluß der Generalversammlung der Vereinten Nationen, die *Chinesische Volksrepublik* nicht in den Kreis ihrer Mitglieder aufzunehmen. Die führenden Mitglieder des Westbundes, vor allem die Vereinigten Staaten von Amerika, weigerten sich eben immer noch, das Bestehen eines neuen Chinas völkerrechtlich anzuerkennen, und eine Mehrheit der übrigen UNO-Länder folgte diesem Beispiel. Das schaffe, so sagten wir, eine gefährliche Lage; die Feindseligkeit zwischen China und der Sowjetunion drohe China vollends ganz zu isolieren und ermutige die Bestrebungen, gegen die Pekinger Volksrepublik einen Gewaltschlag zu führen und damit gleichzeitig auch die soziale Revolution in ganz Asien tödlich zu treffen.

Heute dürfen wir feststellen — und das ist für uns der wichtigste Vorgang der letzten vier Wochen —, daß diese Gefahr wohl endgültig aus der Welt geschafft ist. *Frankreich* hat den *Sperrgürtel um China durchbrochen* und beschlossen (wie vor ihm schon vier andere NATO-Staaten: Großbritannien, die Niederlande, Dänemark und Norwegen), in diplomatische Beziehungen zum Pekinger Regime zu treten, und das wird weitreichende Folgen haben. Präsident de Gaulle hat keine Unklarheit über die Beweggründe dieses Beschlusses gelassen. Frankreich will damit erneut kräftig betonen, daß es wieder eine Weltmacht sein will, die es ablehnt, die Geschicke der Menschheit durch die beiden großen Kernwaffenmächte — die Vereinigten Staaten und die Sowjetnuion — bestimmen zu lassen. Es will namentlich auch in Asien wieder eine Rolle spielen und betrachtet es als Voraussetzung dafür, die wirklichen Machtverhältnisse in diesem Riesenerdteil selber anzuerkennen, und dazu gehört eben, wie Frankreich auch den übrigen Westmächten zum Bewußtsein bringen will, vor allem «die Realität China». De Gaulle hat auch schon einen bestimmten Plan für die Asienpolitik, die die Westländer betreiben müßten: Befriedung mindestens Ostasiens — wenn nicht auch Süd- und Westasiens — durch seine Neutralisierung mit Zustimmung Chinas und internationale Gewährleistung. Auf jeden Fall, so glaubt er — und da hat er sicher recht —, daß kein Abrüstungsabkommen wirksam und keine Koexistenzpolitik möglich sein könne, solange China boykottiert und ausgesperrt bleibe. Mit anderen Worten: Frankreich hat erkannt, daß die «Politik der Stärke» gegenüber China versagt hat, so wie sie tatsächlich (was de Gaulle freilich noch nicht sagt) auch gegenüber der Sowjetunion versagt hat. Darum auch die Niedergeschlagenheit, die Frankreichs «Alleingang» bei den Anhängern des Kalten Krieges über-

all hervorgerufen hat. Die «Neue Zürcher Zeitung» beispielsweise jammert (am 28. Januar): «Die Kluft zwischen Paris und Washington wird abermals vertieft in einem Augenblick, da der Zustand der westlichen Allianz gebieterisch ihre Überbrückung verlangen würde und da es offenkundig ist, daß der Westen insgesamt in seinen konstruktiven Unternehmungen (!) nach außen und in der Bemühung um engeren Zusammenhalt nach innen durch den amerikanisch-französischen Gegensatz gelähmt wird ... Im Abwehrkampf gegen China stehen westliche Interessen schlechthin auf dem Spiel.»

Selbstverständlich ist man auch in *Westdeutschland* über den Entschluß Frankreichs beunruhigt, seine Ostasienpolitik auf Wirklichkeiten zu gründen statt auf Wunschträume und «das Recht mit den Tatsachen in Übereinstimmung zu bringen». Ist nicht auch das Bestehen eines eigenen ostdeutschen Staates eine Wirklichkeit? Und verlangt nicht die Logik, auch hier das Recht mit den Tatsachen in Übereinstimmung zu bringen? In Frankreich räumt man eben auch in der Politik der Logik den ihr gebührenden Platz ein, so eifrig man gerade jetzt in Paris versichert, die DDR keineswegs rechtlich anerkennen zu wollen ...

Am härtesten durch den «Streich» de Gaulles getroffen ist man aber natürlich in den *Vereinigten Staaten*. Man muß dort ernstlich mit der Möglichkeit rechnen, daß all die afrikanischen (und auch einige andere) Staaten, die bisher gegen Chinas Aufnahme in die UNO waren, die Schwenkung Frankreichs mitmachen werden und sich so die nötige Zweidrittelsmehrheit für die Bewilligung eines abermaligen Aufnahmegesuches zugunsten Chinas zusammenfindet. Das aber wäre eine bittere Niederlage der ganzen amerikanischen Asienpolitik und der endgültige Beweis dafür, daß sich die Organisation der Vereinten Nationen nicht mehr als Werkzeug der Washingtoner Regierung gebrauchen läßt, wie das etwa beim Koreakrieg und bei vielen anderen Gelegenheiten der Fall war. Immerhin werden nicht alle Amerikaner die Ansicht des (vorläufig nur selbsternannten) Präsidentschaftskandidaten Goldwater teilen, die Zulassung Chinas zur UNO käme «einer Einladung Al Capones (des berüchtigten Gangsters) in eine sonntägliche Abendgesellschaft gleich».

Wie sich in Zukunft die Beziehungen Frankreichs und der anderen UNO-Länder zu Tschiang Kai-scheks *Formosa* gestalten werden, ist freilich noch recht unklar. Zwei chinesische Staaten innerhalb wie außerhalb der UNO wollen ja weder Peking noch Taipeh anerkennen, und auf alle Fälle wird der «Nationalchinese», der bisher nur das kleine, von China abgetrennte Formosa im Sicherheitsrat vertrat, nicht mehr den Anspruch erheben können, daß hinter ihm «eigentlich» ganz China stehe, während die Chinesische Volksrepublik, die seit 1949 besteht und 600 bis 700 Millionen Einwohner zählt, weiterhin aus dem Leitungsorgan der UNO ausgeschlossen bleiben müsse. Möglicherweise werden die Vereinigten Staaten und eine Zeitlang auch Frank-

reich ebenso wie andere Länder Formosa weiterhin als selbständigen Staat behandeln; daß jedoch früher oder später die Insel Formosa politisch dem chinesischen Festland einverleibt werden wird, darüber kann kein Zweifel bestehen.

Was wird aus Südostasien? Die stärkste Ausstrahlung wird jedoch von Frankreichs neuer Chinapolitik zunächst auf Südostasien und besonders auf *Südvietnam* ausgehen. Die Lage hat sich dort für die Vereinigten Staaten keineswegs gebessert, so viel Zweckoptimismus auch von Washington aus darüber verbreitet wird. Daran ändert auch der neue Staatsstreich nichts, den eine angeblich franzosenfeindliche Offiziersgruppe unter General Nguyen Khanh erfolgreich durchgeführt hat. So laut die neuen Herren auch ihre Entschlossenheit verkünden, den Krieg gegen die «Kommunisten» bis zum Endsieg fortzusetzen, und so oft auch Präsident Johnson versichert, die Vereinigten Staaten würden «die Sache der Freiheit» in Vietnam um jeden Preis weiterverteidigen, so wenig Aussicht auf Erfolg haben die Regierungstruppen und die mit ihnen verbündeten amerikanischen Streitkräfte. Ihnen fehlt ganz einfach der Rückhalt im Volk, besonders im Bauernvolk, aber auch in den städtischen und intellektuellen Schichten. Die Unwahrheit der amtlichen Losung vom Freiheitskrieg gegen die rote Gefahr springt dadurch von selbst in die Augen. Es handelt sich eben auch für die neue Regierung von Saigon nicht um die Niederwerfung eines Versuches, die Diktatur und Schreckensherrschaft einer kommunistischen Minderheit aufzurichten, sondern um die Unterdrückung des Volkswiderstandes gegen das durch und durch faule und verderbte Gewaltregime einer machthabenden und besitzenden Oberklasse, die sich mit den schändlichsten Mitteln am Ruder halten will und darin von den Vereinigten Staaten mit Geld und Heeresmacht unterstützt wird.

Wer von dieser Sachlage einen Begriff bekommen will, der lese das Buch von *Wilfred Burchett «Schatten über dem Dschungel»* (Verlag Volk und Welt, Berlin). Es ist entsetzlich, wie grausam und untermenschlich der Krieg gegen die Widerstandskämpfer schon von den Truppen Ngo Dinh Diems geführt wurde und wie er ohne Zweifel unter den Nachfolgern des gestürzten Regierungshauptes weiterhin geführt wird. Und Burchett, der mit vielen Flüchtlingen aus den «strategischen Dörfern» der Regierungs- und USA-Armee gesprochen hat, versäumt nicht, die sittlichen und politischen Verantwortlichkeiten für diese Art Kampfführung festzunageln. «Ich verließ», so schreibt er an einem Ort, «diese leidgeprüften Menschen und grübelte, wie ich es oft während meiner Reise durch Südostasien getan habe, darüber nach, was wohl alle meine lieben, anständigen Freunde in Amerika sagen würden, wenn sie sich mit diesen Flüchtlingen zusammensetzten, mit ihnen sprechen könnten und erführen, was hier im Namen von

‚Freiheit' und ‚Gerechtigkeit' mit Hilfe von USA-Waffen und -Dollars vor sich geht.» Und er führt einen Leserbrief an die «New York Times» an, in dem gefragt wird: «Begreift die ‚liberale' Regierung (der Vereinigten Staaten) nicht, daß keine noch so umfangreiche Propaganda die Tatsache maskieren kann, daß wir uns an die Philosophie des Totalitarismus, an Konzentrationslager (‚camps de regroupement' nannte sie die französische Armee) gewöhnt haben und nach Terror gieren, um ein sterbendes Regime zu unterstützen?»

Die «liberale» Regierung der USA begreift es auch unter Johnson nicht. Wenigstens bisher nicht. Denn die Fortsetzung des «Freiheitskrieges» in Südvietnam, die eine massive Verstärkung der amerikanischen Kräfte erfordern würde, droht zu gefährlichen Verwicklungen zu führen, die Johnson wohl doch zu vermeiden suchen wird — wenn er mit seinen Militärs und seinem Geheimdienst fertig wird. Um den Krieg gegen den Viet-Cong (wie man die Aufständischen zu heißen pflegt, ursprünglich um sie als «Vietnam-Kommunisten» zu kennzeichnen) wirklich zu gewinnen, müßten die Amerikaner einfach als regelrechte Besetzungsmacht auftreten, und das wäre eine Stellung, die sie nicht lang halten könnten, es sei denn, der Krieg in Vietnam bekäme neue Ziele und würde darauf ausgehen, auch Nordvietnam als angebliches oder wirkliches Nachschubzentrum der südvietnamesischen Aufständischen unter amerikanische Herrschaft zu bringen und es mit dem Südteil des Landes gewaltsam zu vereinigen.

Die Neuyorker «Monthly Review» (Januarheft) erinnert in diesem Zusammenhang an den Versuch General MacArthurs, den Koreakrieg auf chinesisches Gebiet auszudehnen, einen Versuch, der bekanntlich noch rechtzeitig vereitelt wurde. Der Koreakrieg selbst mußte dann ja von den Vereinigten Staaten erfolglos abgebrochen werden. «Die große Frage in Vietnam», so bemerkt die genannte Zeitschrift, «ist jetzt, ob dieser Vorgang sich wiederholen muß. Sollen die amerikanischen Sreitkräfte, die in Südvietnam eingekeilt sind, nach Nordvietnam vorwärtsfliehen? Wenn ja, wird China natürlich seinem Verbündeten zu Hilfe kommen, und die verhängnisvolle Frage einer zweiten Kriegsausweitung wird sich unausweichlich stellen. In Korea fiel die Entscheidung für den Frieden; aber die alt genug sind, um sich an die schreckensvollen Monate Dezember und Januar im Winter 1950/51 und an die darauf folgende ‚MacArthur-Krise' zu erinnern, wissen, wie sehr alles auf des Messers Schneide stand, wie gefährlich die Welt am Rand einer Katastrophe zitterte. Müssen wir so etwas noch einmal durchmachen?»

Das war vor der Anerkennung Chinas durch Frankreich geschrieben. Im Fall einer drohenden Ausweitung des südvietnamesischen Krieges auf den Nordstaat wäre es diesmal vor allem Frankreich, das den amerikanischen Draufgängern in den Arm fallen würde, und sicher würde es bei anderen westlichen Regierungen und Völkern Unterstützung finden. Das wird man sich auch in Washington sagen müssen

und einen mehr oder weniger das Gesicht wahrenden Ausweg aus der Sackgasse suchen, in die Kennedys und nun Johnsons «Freiheitskrieg» die Vereinigten Staaten geführt hat, sei es daß, wie Präsident Johnson letzthin als Möglichkeit andeutete, Nord- und Südvietnam allein neutralisiert würden, sei es, daß nach de Gaulles Vorstellung ganz Südostasien — also auch Laos, Kambodscha, Thailand und Malaysia — unter internationalen Schutz gestellt würde. Eine neue Genfer Konferenz über Südostasien sollte jedenfalls nicht mehr lang auf sich warten lassen.

Kuba – Panama Auch außer Vietnam haben die Vereinigten Staaten beträchtliche außenpolitische Sorgen. Und zwar in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft in Mittelamerika, das sie ganz naiv als ein Stück ihres rechtmäßig erworbenen Kolonialreiches ansehen. Sie können es darum noch immer nicht verschmerzen, daß ihnen *Kuba* verloren gegangen sein soll. Der erste Versuch, es zurückzuerobern, ist schon seiner liebhabermäßigen Anlage wegen blamabel gescheitert. Die zweite, fachmännisch vorbereitete Unternehmung mußte dank dem schnell abgegebenen Versprechen der Sowjetunion, ihre Raketen aus Kuba zurückzuziehen, abgeblasen werden, und Washington mußte seinerseits versprechen, nach dem sowjetischen Zurückweichen in Zukunft auf jeden militärischen Angriff gegen die Insel zu verzichten. So verlegten sich die Vereinigten Staaten eben auf die politische Einkreisung Kubas und auf seine wirtschaftliche Erdrosselung. Aber auch das gelingt ihnen nur unvollständig. Eine ganze Reihe von Ländern, so Großbritannien, Holland, Spanien, Japan, Marokko, liefern der Regierung Castro Autobusse, Flugzeuge, Schiffe und andere Erzeugnisse ihrer Industrie, die Kuba mit Zucker oder guten Dollars bezahlt. Um das Ladeverbot für Schiffe, die aus nordamerikanischen Häfen Waren nach Kuba bringen, kümmern sich die Reeder sogut wie überhaupt nicht. Und ob es den Amerikanern gelingt, maßgebende Länder für die Annahme einer Liste von Waren zu gewinnen, deren Lieferung an Kuba verboten sein soll, ist sehr fraglich. Kurz, Kubas Wirtschaft kommt trotz allen Hemmungen, Schwierigkeiten und Rückschlägen doch vorwärts. Und daß Chruschtschew bei Castros jüngstem Besuch in der Sowjetunion neuerdings versprochen hat, «heute wie gestern und morgen» dem revolutionären Kuba in jeder Art zu helfen, wird man in Washington auch verstanden haben.

Inzwischen droht den Vereinigten Staaten auch *Panama* mehr und mehr zu entgleiten, der Staat also, ironischerweise, den der nordamerikanische Imperialismus selbst geschaffen hat. Um sich die Herrschaft über den Kanal zu sichern, dessen Bau die USA zu Beginn unseres Jahrhunderts umsichtig vorbereitet hatten und der tatsächlich für sie als kürzeste Verbindung zwischen dem Atlantischen und dem Stillen Ozean höchst wertvoll sein mußte, versuchte es Washington zunächst

mit der «Dollardiplomatie». Als sich aber die Pachtverhandlungen mit Kolumbien, zu dem die Kanalzone gehörte, zerschlugen, zettelte der nordamerikanische Geheimdienst (wie man jetzt sagen würde) eine Revolution in Bogotà, der Landeshauptstadt, an, und in ein paar Tagen, am 18. November 1903, hatten die Vereinigten Staaten ihren Pachtvertrag in der Tasche — unterzeichnet von der neuen Republik Panama, die sich von Kolumbien abgespalten hatte. Panama wurde eine nordamerikanische Kolonie; in der Kanalzone hatte seine Regierung überhaupt nichts zu sagen.

Während des Zweiten Weltkrieges trat dann Panama den Vereinigten Staaten außerhalb der Zone viel Land für Flotten- und Militärstützpunkte ab, mit der Verpflichtung allerdings, es nach Kriegsende zurückzugeben. Durch militärischen Druck suchten die USA aber über die Kriegsdauer hinaus von Panama die Abtretung *ständiger* Stützpunkte für ihre Wehrmacht zu erzwingen. Wieder — wie mit Kolumbien — drohten die Verhandlungen zu scheitern. Und wieder spielte die Dollardiplomatie. Die panamaische Regierung erlag den lockenden Geldangeboten und dem Versprechen wirtschaftlicher Entwicklungshilfe und unterzeichnete den Pachtvertrag trotz dem Rücktritt des Außenministers. Aber die Nationalversammlung verwarf ihn einstimmig am 22. Dezember 1947, nachdem heftige Volkskundgebungen gegen die erneute Unterwerfung unter den Willen der nordamerikanischen Großmacht vorangegangen waren. Und die Vereinigten Staaten zogen ihre Streitkräfte aus Panama zurück.

Jetzt, 16 Jahre nach diesen Ereignissen, verlangt Panama sogar die Abänderung, wenn nicht die Aufhebung, des Vertrages von 1903. Das offenbar sehr anmaßende Benehmen der Amerikaner in der Kanalzone, die schlechte Entlöhnung ihrer panamaischen Angestellten und Arbeiter, der geringe Anteil, den Panama an den Einnahmen aus dem Kanalbetrieb erhält, und andere Zurücksetzungen, die sich die einheimische Bevölkerung gefallen lassen muß, wurden für das nun einmal auch vorhandene Nationalgefühl Panamas immer unerträglicher, und ein an sich unbedeutender Flaggenzwischenfall wirkte vollends als Funken ins Pulverfaß.*

Seitdem ziehen sich die Verhandlungen zwischen den Vereinigten

---

* Das Grollgefühl der Panamaer, so berichtet ein Mitarbeiter von «US News & World Report» (20. Januar) aus Panama City, wird freilich auch durch den gewaltigen äußeren Unterschied zwischen dem Land selbst und der Kanalzone verstärkt, die es in der Mitte durchschneidet. «Hier in Panama City kann der Gegensatz klar gesehen werden. Die Stadt liegt eng an die Kanalzonengrenze angeschmiegt. Auf der einen Seite der Avenue des Vierten Juli, die durch einen Drahtzaun geschützt ist, liegt die Zone mit ihren tadellos gepflegten Rasen, ihren stattlichen, gut gelüfteten Geschäftsgebäuden, Theatern, Schulen und Spielplätzen. Auf der anderen Straßenseite, keine hundert Yards entfernt in Panama City, sind die Slums mit ihren Holzbaracken, in denen viele von den 300 000 Einwohnern der Hauptstadt leben. Auf der atlantischen Seite der Landenge, in der Stadt Colon, ist der Gegensatz noch ausgesprochener.» Das erklärt tatsächlich vieles.

Staaten und Panama hin und her. Panama hat die diplomatischen Beziehungen mit den USA abgebrochen, aber durch Vermittlung der Organisation der Amerikanischen Staaten reden die beidseitigen Vertreter doch miteinander, und es scheint, daß Washington nun, nach anfänglichem Widerstreben, grundsätzlich bereit ist, in eine Revision des unhaltbaren Kanalvertrages zu willigen, trotz dem Widerstand eines großen Teiles der sogenannten öffentlichen Meinung und besonders der ganz überwiegenden Mehrheit der Bundesversammlung. Ob wohl Mr. Johnson, der in innenpolitischen Fragen ein Meister der Jongleurkunst ist, auch die Geschicklichkeit und Weitsicht aufbringt, um dem kleinen Satellitenstaat am Panamakanal dasjenige Maß von Genugtuung zu geben, das unerläßlich ist, um wenigstens für eine gewisse Zeit die amerikafeindliche Stimmung der panamaischen Bevölkerung zu dämpfen?

Neukolonialismus Panama ist freilich nur *ein* Beispiel für den nordamerikanischen Kolonialismus, wie er sich gegenüber den Ländern Lateinamerikas betätigt. Der *karibische Raum* mit den kleinen Republiken auf den Inseln und dem Festland Mittelamerikas wird von Karl E. Meyer, dem amerikanischen Hauptmitarbeiter des «New Statesman» (Nummer vom 31. Januar), mit dem Mittelosten verglichen, «wo *indirekter Kolonialismus* die Regel gewesen ist. Die Khediven, Scheiks und Paschas des Mittelostens finden ihr Gegenstück in den Batistas, Trujillos und Somozas des karibischen Raumes, diesen unappetitlichen Gaunern, die unterwürfig gegenüber amerikanischen Machtinteressen, aber Bluthunde im Verkehr mit ihren eigenen Landsleuten sind». Von allen Arten des Kolonialismus, so meint Meyer, sei der indirekte Kolonialismus sicher der schlimmste, weil er von Grund auf unehrlich und vergiftend sei. Unter direkter Kolonialherrschaft gebe es wenigstens keine Heuchelei und die Möglichkeit wirklichen Wohltuns an den Kolonialländern mit Plänen für Gesundheitspflege, Schulwesen und die Ausbildung eines Verwaltungsdienstes. Beim indirekten Kolonialismus hingegen werde die Kolonialpolitik nicht durch eine Regierung betrieben, sondern durch Geschäfts- und Bankunternehmungen, deren Hauptsorge der Ertrag ihres Anlagekapitals sei. «Das ist denn auch das Modell für Mittelamerika und den karibischen Raum gewesen; schon der Ausdruck ‚Bananenrepublik' sagt ja alles.»

Ähnliches wie für den «indirekten» Kolonialismus gilt für den *Neukolonialismus*, das heißt für die Politik kapitalistischer Staaten gegenüber Ländern, die zuerst wirkliche, direkte Kolonien europäischer Mächte gewesen waren, in jüngster Zeit dann ihre staatliche Selbständigkeit erlangt haben, aber wirtschaftlich und sozial im Rang von Kolonien geblieben sind. Die Folgen zeigen sich jetzt. Die kürzlichen Unruhen, Militärmeutereien und Gewaltrevolutionen in *Ostafrika*, besonders in Sansibar, Tanganjika und Uganda, haben zwar im ein-

zelnen recht verschiedene Ursachen gehabt, sind aber im Ganzen doch nur Anzeichen der Unstetigkeit ihrer allgemeinen inneren Verhältnisse, von der schon in unserer letzten Weltrundschau die Rede war. Sie schließen sich denn auch an ähnliche Vorkommnisse in anderen Teilen Afrikas an, so im Tschad, in Dahomey, Togo, Kamerun, Brazzaville-Kongo, in der Kongorepublik, an der Elfenbeinküste und in Senegal, nicht zu reden von Ghana, dessen Regime jetzt der diktatorische Einparteistaat geworden ist, als Gegenwirkung gegen die rechtmäßige Tätigkeit der Oppositionsgruppen, aber auch gegen die Verschwörungen und die Angriffe auf das Leben von Präsident Nkrumah. Die Gewinnung der politischen Unabhängigkeit hat die hochgespannten Erwartungen der ehemaligen Kolonialvölker eben nur zum Teil befriedigt. Unruhig geworden sind besonders organisierte Gruppen, wie die Gewerkschaften und das Militär. Die Hoffnungen der Tausende von Landbewohnern, die in die Städte abwandern, auf ständige Arbeit und höhere Lebenshaltung sind oft bitter enttäuscht worden. Dazu kommt die Langsamkeit, mit der die früher so ganz ungeschulten Afrikaner in leitende Stellungen einrücken können, und ihre Eifersucht auf den Wohlstand europäischer, arabischer und indischer Geschäftsleute. Der Rassenwahn hat eben längst auch die schwarzen Bevölkerungen erfaßt und wird schwer auszutreiben sein.

Daß sich der ausländische Kapitalismus diese Lage nutzbar macht, ist nur zu begreiflich; daher die Fortdauer kolonialistischer Ausbeutungsformen auch auf dem Boden staatlicher Selbstregierung der afrikanischen Länder. Mit Recht warnt darum Paul Sweezy in der «Monthly Review» (Dezember 1963) vor der Annahme, der Imperialismus und Kolonialismus sei auf dem Rückzug begriffen und eigentlich schon fast ausgestorben. Besonders der amerikanische Imperialismus, stellt er fest, habe seinen Machtbereich auffällig erweitert, aber auch die anderen Mächte betätigten ihren Neukolonialismus in den verschiedensten Formen, zuweilen gesondert von einander und in gegenseitigem Widerstreit wie im östlichen Mittelmeer, zuweilen aber auch gemeinschaftlich wie im Falle des Kongo, wo die Vereinten Nationen benützt worden seien, um der ehemals belgischen Kolonie eine Art von kollektivem Neukolonialismus aufzunötigen. «Die Vorstellung, daß sich ein Land imperialistischer Beherrschung und Ausbeutung entziehen könne, indem es formale nationale Unabhängigkeit gewinne, ist vollkommen trügerisch. Solang es in den kapitalistischen Weltmarkt verstrickt ist, ist ein unterentwickeltes Land von selbst imperialistischer Ausbeutung unterworfen (künstliche Preise für seine Ausfuhr und Monopolpreise für seine Einfuhr). Und wenn es auch noch bedeutendere Geldbeträge als militärische und wirtschaftliche ‚Hilfe' von imperialistischen Ländern annimmt, ist sein politisches Schicksal sogut wie besiegelt.» Von einer Umbildung des Imperialismus und Kolonialismus im Sinn einer friedlichen Koexistenz mit dem Sozialismus, so erklärt der Verfasser des Aufsatzes, sei nichts zu sehen; er sei vielmehr

«grimmig zum Kampf entschlossen, um seinen Besitz zu halten», und der Sozialismus könne nur in hartem revolutionärem Ringen durchgesetzt werden. Die Vorstellung von einem geruhsamen Übergang zu einer neuen Gesellschaftsordnung sei nichts als ein behagliches Wunschbild . . .

Und die Abrüstung ? Wenn das richtig ist, was soll man dann von der *Abrüstungskonferenz* halten, die, weitherum mit recht hohen Erwartungen begrüßt, am 21. Januar in Genf erneut ihre Verhandlungen aufgenommen hat? Bisher ist sie jedenfalls über allgemeine Erörterungen nicht hinausgekommen, die sich im wesentlichen um die beiden Hauptpläne für die allmähliche Verminderung der Kriegsrüstungen, den amerikanischen und den sowjetischen, drehten. Der amerikanische Vorschlag enthält fünf Punkte: 1. Verbot der Gewaltanwendung für Grenzveränderungen. 2. Begrenzung der Zahl der Träger von Kernwaffen. 3. Überwachte Einstellung der Erzeugung spaltbarer Stoffe. 4. Verhinderung von Überraschungskriegen. 5. Verhinderung der Ausbreitung des Besitzes von Kernwaffen. Der sowjetische Plan sieht vor: 1. Ausschaltung der Kernwaffen und der Kernwaffenträger. 2. Abbau der Streitkräfte und der Militärausgaben. 3. Schaffung kernwaffenfreier Zonen. 4. Verhinderung der Ausbreitung der Kernwaffen. 5. Verhinderung von Überraschungsangriffen. 6. Einstellung der unterirdischen Kernwaffenversuche. 7. Rückzug ausländischer Streitkräfte aus allen Staaten. 8. Nichtangriffsvertrag zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer Paktes. 9. Zerstörung von Bombenflugzeugen.

Über all diese Vorschläge kann und wird man sicher in guten Treuen verhandeln, und es ist sogar wahrscheinlich, daß über diesen und jenen Punkt ein förmliches Abkommen erreicht wird, nach Art der Moskauer Vereinbarung über die Einstellung von Kernwaffenversuchen. Aber für eine wirkliche, ernsthafte Verminderung der Kriegsvorbereitungen wird dadurch wenig gewonnen sein, solange die Politik des Kalten Krieges nicht grundsätzlich und auf der ganzen west-östlichen Front überwunden ist. Der Glaube an die Möglichkeit eines Sieges in einem allfälligen Atomkrieg ist zwar hüben und drüben sichtlich im Schwinden begriffen. Auf sowjetischer Seite setzt man auch auf den Nachfolger Präsident Kennedys in dieser Hinsicht große Hoffnungen, und im Lager der Westmächte ist man geneigt anzunehmen, daß die Sowjetunion nach ihren Erfahrungen in der Kubakrise es nicht mehr zu einer Kraftprobe gegenüber den Vereinigten Staaten kommen lassen werde. Man erwartet eine Annäherung der Sowjetunion an den Westen auch von dem Zerwürfnis zwischen Moskau und Peking. Sehr stark zählt man im Westen ferner auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Sowjetunion und ihrer Verbündeten wie auf die Lockerung der geistigen Absperrung des Ostblocks gegenüber westlichen

Einflüssen (Kulturabkommen, Sportverkehr, Reisemöglichkeiten usw.). Und im Osten beobachtet man aufmerksam die Anzeichen, die für eine fortschreitende Auflösung der westmächtlichen Einheitsfront gegenüber der kommunistischen Welt sprechen (de Gaulles Europa- und Asienpolitik, neue Fühlungnahme zwischen West- und Ostberlin, Stimmen aus der Freien Demokratischen Partei — die ja in der Bonner Regierung vertreten ist — zugunsten des Austritts der Bundesrepublik aus dem Westbund bei gleichzeitigem Austritt der DDR aus dem Ostbund, und dergleichen Vorgänge).

Auf der anderen Seite ist aber jede, wenn auch nur oberflächliche Bemühung der Vereinigten Staaten und Großbritanniens um eine Generalverständigung mit dem Sowjetblock bisher immer wieder an dem erregten Einspruch Westdeutschlands gescheitert. Und daß in Amerika selber die Politik der gewaltmäßigen Eindämmung und Zurückwerfung des Kommunismus an maßgebender Stelle irgendwie preisgegeben werden könnte, davon ist im Ernst bisher keine Rede gewesen. Wenn sich der Gegensatz zu den kommunistisch regierten Ländern *Europas* abgeschwächt haben sollte, so geht der Kampf der Vereinigten Staaten gegen den *asiatischen* Kommunismus, mit China als Hauptmacht, eher verschärft weiter. So wird eben das Wettrüsten trotz Genf wohl andauern wie bis anhin, und Bundesrat Chaudet braucht keine Angst zu haben, daß «das internationale Tauwetter ... zum Hindernis werde für die Modernisierung einer Armee, die den guten Kampf für Ordnung und Frieden kämpft», wie er in seiner Neuenburger Rede vom 29. Januar so schön gesagt hat. Auch der Wettlauf für die Eroberung des Weltraums wird zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion seinen Fortgang nehmen; allein die Mondraketen vom Typ «Ranger» — von den übrigen Weltraumunternehmungen gar nicht zu reden — haben Amerika bis jetzt schon über 120 Millionen Dollar (über eine halbe Milliarde Schweizer Franken) gekostet, während gleichzeitig 40 bis 50 Millionen Menschen in den Vereinigten Staaten in tiefster Armut leben, wie uns mit allen empörenden Einzelheiten das aufsehenerregende Buch des katholischen amerikanischen Schriftstellers Michael Harrington «The Other America» («Das andere Amerika») berichtet. Für die Sowjetunion gilt natürlich ähnliches; der einzig vertretbare Wettkampf zwischen den USA und der Sowjetunion wäre unter diesen skandalösen Umständen derjenige um die Ausrottung der Armut in beiden Reichen und darüber hinaus in der Welt überhaupt!

Die Krankheit des Westens Es ist ein schlechterdings *krankhafter Geisteszustand*, der im Blick auf das Auftreten des *Kommunismus* die westlichen Völker befallen hat und die ärgsten Verheerungen anrichtet. Professor Bernard Lavergne, der französische Soziologe, bezeichnet ihn in seiner Zeitschrift

«L'Annéé Politique et Economique» (Dezember 1963) geradezu als eine «wollüstige Furcht», ein «unwiderstehliches Bedürfnis, sich selbst das Gruseln beizubringen» und in einer ständigen Schauderempfindung gegenüber der «bolschewistischen Gefahr» zu leben. «Jeder große Raucher», so schreibt er, «dem man den Tabak entzieht, wird krank; ebenso würden sich die westlichen Menschen hilflos vorkommen, wenn man ihnen sagte, daß kein Krieg (aus dem Osten) drohe, daß er seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges niemals gedroht habe und daß also ihr Benehmen seit mindestens fünfzehn Jahren allem gesunden Menschenverstand ins Gesicht schlage.» Die westlichen Völker, die so stolz auf ihren kritischen Geist seien, wie er sich bei ihnen seit der Renaissance entwickelt habe, wollten nicht erkennen, daß die Sowjetunion, so entschlossen sie sei, ihre Unverletzlichkeit zu verteidigen, so wenig die Absicht habe, den Westen zu überfallen, wie die Franzosen die Absicht hätten, im Bund mit Italienern und Deutschen die Schweiz aufzuteilen . . .

Und *wenn* bei westlichen Regierungen — so fügen wir hinzu — je einmal Neigung besteht, eine friedliche Verständigung mit den Ostländern zu erstreben, so warnen die 150prozentigen Antikommunisten erschreckt und feierlich vor dieser «lebensgefährlichen Täuschung», wie es gerade letzthin in «US News & World Report» (13. Januar) David Lawrence tat: «Wir mögen soviel wir wollen von der ‚Friedensoffensive' schwatzen, die wir im Jahr 1964 weiterführen würden — aber mit Moskau Vereinbarungen zu treffen, die den Kommunisten wirtschaftliche Hilfe leisten, und ihnen unsere Krediteinrichtungen zur Verfügung zu stellen, um ihre Einfuhr zu finanzieren, heißt die kommunistischen Imperialisten als Geschäftsteilhaber annehmen. Es heißt Preisgabe der Hunderte von Millionen gefangener Völker in Osteuropa, die bisher hoffnungsvoll auf uns geschaut haben. Beseitigung der Ursachen der wirtschaftlichen Unzufriedenheit hilft nur mit, Marionettenregierungen zu stärken und die Revolution (gegen sie) zu entmutigen.»

Unnötig zu sagen, daß der Geisteszustand, aus dem solche Warnrufe kommen, auch in unserer Schweiz — oder doch in der deutschen Schweiz — vorherrscht. Hat man nicht dieser Tage wieder den Schauder wahrnehmen können, der unsere Behörden, Zeitungsleute und braven Seldwyler gepackt hat, als der russische Soldatenchor von Amerika und Frankreich her anrückte, um uns koexistenziell zu bezaubern und zu vergiften? Hat nicht ein appenzellischer Regimentskommandant sein Kommando niederlegen wollen, um dagegen zu protestieren, daß sich der Bundesrat durch die Bewilligung der Einreise für den Sowjetchor an der Untergrabung der Moral der Armee mitschuldig gemacht habe?

Professor Lavergne geht auch den Ursachen der Geisteskrankheit nach, von der er spricht. An erster Stelle nennt er die Propaganda der

Römischen Kirche gegen den «gottlosen» Kommunismus. Aber die evangelischen Kirchen machen ja in ihrer großen Mehrheit da auch mit. Emil Fuchs wendet sich in der ostdeutschen Monatsschrift «Glaube und Gewissen» (Januar 1964) besonders gegen die protestantischen Kirchen in den sozialistischen Ländern:

«Sie stehen unter dem Einfluß jener Einstellung, die die Unruhe der Welt aus dem ihnen gefährlich erscheinenden Wirken kommunistischer Machtbestrebungen erklärt und nicht aus den den Menschen zertretenden Wirkungen der imperialistischen Ausbeutung. So ist es ihnen unmöglich zu erkennen, daß die sogenannten Abwehrmaßnahmen der imperialistischen Staaten und ihre Aufrüstung begründet sind in dem Willen, ja zum Teil sogar in dem unbewußten Instinkt der Besitzenden, die ihrer Macht gefährlich werdende aufsteigende Gesellschaftsordnung zu vernichten. Von hier aus sind sie unfähig, die Gefahren für Zukunft und Frieden zu erkennen, die das Ausbeutungssystem des Imperialismus schafft. So lassen sie sich weithin zu Organen dieses Abwehrkampfes machen, bis hin zu denen, die selbst die Atombombe rechtfertigen als einen — leider — notwendigen Schutz gegen den Feind, der ja nun einmal die ganze Welt ‚erobern' will. Sie identifizieren den Imperialismus mit dem demokratischen Freiheitsgedanken. Sie nehmen ihre demokratischen Ideale als verwirklicht an und schreiben dem Kommunismus gewaltsame Eroberungspläne zu, deren Verwirklichung diese ‚freie Welt' zerstören würde. So mißdeuten sie die hoffnungsvolle Sicherheit des Kommunismus, daß seine Hoffnungen einmal die Welt gewinnen werden, weil diese Hoffnungen der Menschheit in ihrer jetzigen Entwicklung notwendig sind. Der Gedanke der friedlichen Koexistenz und des friedlichen Wettbewerbs der beiden Systeme wird dann nur als ein Täuschungsmanöver aufgefaßt, dem man nicht stattgeben darf. Wer den 2. Band der Ethik von Thielicke liest und den Erfolg beachtet, den er in weitesten ‚christlichen' Kreisen hat, wird mit Erschrecken erkennen, wie sehr weithin ein sogenanntes ‚Christentum' Ideologie des Abwehrkampfes der imperialistischen Welt gegen den Kommunismus wird.»

In zweiter Linie macht Bernard Lavergne die Angst der «Anbeter des Goldenen Kalbes» (wie er sagt) vor dem Einsturz der kapitalistischen Welt für die Ausschreitungen des Antikommunismus verantwortlich. Darüber braucht an dieser Stelle nichts mehr gesagt zu werden. Einiges darf indessen zu der dritten Ursache des westlichen Massenwahns gesagt werden, die der Sorbonne-Gelehrte anführt: zu dem verhängnisvollen *Einfluß des Militärs* auf Regierungen und Völker. Eine der beklagenswertesten Folgen des Zweiten Weltkrieges, so glaubt er, sei die ungeheure Machtfülle, mit der die militärischen Befehlshaber ausgestattet worden seien. (Darauf weist auch der verstorbene amerikanische Professor C. Wright Mills in dem von uns wiederholt erwähnten Buch über die Führungsgruppen in den Vereinigten Staaten

sehr eindringlich hin.) Wir seien in unseren sogenannten demokratischen Ländern geradezu «Leibeigene der Generalstäbe geworden, von denen man zum mindesten sagen muß, daß sie sich ihre Macht über die Zivilbevölkerung nur angemaßt haben, und daß gewisse ihrer Mitglieder zu den politisch am wenigsten intelligenten Menschen gehören, die es jemals gegeben hat». Der verzweifelte Kampf der Militärführer um ihr berufliches Dasein sei sicher ein Hauptgrund dafür, daß die Furcht vor der kommunistischen Welteroberung in den westlichen Völkern ständig wachgehalten werde.

Es nimmt auf jeden Fall nicht wunder, daß auch bei den schweizerischen Armeeführern der Glaube an die Angriffsdrohung aus dem kommunistischen Raum eine ausgesprochene «déformation professionnelle» bewirkt hat und zur eigentlichen Zwangsvorstellung geworden ist. Oberstkorpskommandant z. D. Hans Frick behauptet beispielsweise in den «Schweizer Monatsheften» vom Februar 1964: «Es besteht auch kein Zweifel, daß in der sowjetischen Ideologie am Traum der Weltherrschaft des Kommunismus auch nicht der geringste Abstrich gemacht worden ist und zur Erreichung dieses Zieles auch ein Atomkrieg nicht gescheut würde, wenn mangelnde Verteidigungsbereitschaft des Westens einen solchen erfolgreich erscheinen lassen würde. Ebenso steht fest, daß die Sowjetunion in der Deutschland- und Berlinfrage nicht zur mindesten Konzession bereit ist. Für den Augenblick sucht die sowjetische Führung ihre Ziele mit ‚friedlichen' Mitteln zu erreichen, so mit fortgesetzten Entspannungsgesten, mit Vorschlägen für Verträge, die den Frieden sichern sollen, sowie mit Propaganda aller Art. Von Zeit zu Zeit wird dann der Widerstandswille des Westens durch Provokationen verschiedener Art getestet. Jene Leute im Westen, die an eine echte Entspannung glauben, sind daher, und möchten sie noch so idealistisch und gutgläubig sein, um mit Lenin zu sprechen, gerade jene ‚nützlichen Idioten', die, ohne es zu wollen, einem Vormarsch des Kommunismus Hilfe leisten.»

Es wäre natürlich hoffnungslos, mit Vertretern solch einer «Welt-Anschauung» rechten zu wollen. Man kann nur die Völker vor ihrer Aufnahme warnen und ihnen die *wirkliche* Weltlage klarzumachen suchen, die — mit allen sehr starken Vorbehalten sei es natürlich gesagt — sogar ein General de Gaulle zu erkennen beginnt. Oder wird sich die Erkenntnis der politischen Wirklichkeiten eher noch bei den verantwortlichen Staatsführern durchsetzen, von denen schon viele längst nicht mehr an die kommunistische Angriffsdrohung glauben, als bei den Völkern, die aus der bei ihnen erzeugten Massenhysterie nur langsam herauskommen? —

Ich würde jetzt noch gern einiges über den Friedenskampf bemerken, den eine Minderheit in den westlichen Völkern mit wachsender Entschlossenheit führt, und besonders über die sozialistische Bewegung, die ja mit dem Kampf gegen den Krieg eng verbunden ist oder

doch sein sollte. Allein ich muß mir das für ein anderes Mal aufsparen und will heute nur sagen, daß der Kampf für die Vermeidung eines dritten Weltkrieges und für eine neue Erde, in der Gerechtigkeit wohnt, trotz der scheinbaren Übermacht der Gegenkräfte nicht vergebens geführt wird. Die innere Vernunft der Weltentwicklung, hinter der der lebendige Gott steht, wird allem törichten Widerstand der verstockten Menschen zum Trotz siegen, wenn nur die Minderheit, die sich zu ihr bekennt, fest und unverzagt bleibt und ihre Knie nicht vor Baal und Moloch beugt. *Darauf* kommt alles an!

7. Februar *Hugo Kramer*

Hinweis auf Separatdrucke

Die beiden bedeutenden Einsendungen im Januarheft 1964

«Wissenschaftliche Probleme im Staatshaushalt»

(von Prof. Dr. Gertrud Woker)

und

«Schritte zum Frieden»

(der von bedeutenden Persönlichkeiten Großbritanniens unterzeichnete *Brief an die Londoner «Times»*)

sind als Sonderdrucke erschienen und bei der Administration der «Neuen Wege», Manessestraße 8, Zürich 4, zu beziehen.

«Wissenschaftliche Probleme im Staatshaushalt» das Exemplar 30 Rappen, von 10 Exemplaren an 20 Rappen.
«Brief an die Londoner ‚Times'» das Exemplar 10 Rappen.

Die Verbreitung beider aufschlußreichen Dokumente sei unsern Abonnenten und Lesern nahegelegt.